

Wie wir in Zukunft leben wollen

Workshoptag –

zum neuen Grünen Grundsatzprogramm, 8. Dezember 2018 um 10 Uhr
im Gemeindehaus Lamm in Tübingen.



Viele Menschen fragen sich, wie Politik die großen Herausforderungen unserer Zeit gestalten will. Unter dem Motto "Neue Zeiten - Neue Antworten" stellen wir Grüne uns diesen Fragen und erarbeiten bis 2020 ein neues Grundsatzprogramm. Rund 70 Mitglieder und Interessierte waren der Einladung des Kreisverbands am 8. Dezember ins Gemeindehaus Lamm in Tübingen gefolgt, sich an der Diskussion im Rahmen eines Workshoptags zu beteiligen. In 6 Workshops mit Impulsreferaten von Experten aus der Wissenschaft wurden die verschiedenen Themenbereiche diskutiert. Anwesend waren sowohl die beiden Tübinger Abgeordneten Chris Kühn und Daniel Lede Abal sowie der Grüne Landesvorsitzende Oliver Hildenbrand.

Es ist uns gelungen, viele hochqualifizierte Expert*innen aus Wissenschaft und Politik zu gewinnen, die ihre Expertise über ein Impulsreferat in die gesetzten sechs Themenfelder einbringen konnten. In den Diskussionen in den moderierten Workshops ging es um Wirtschafts- und Sozialpolitik, um Fragen einer vielfältigen Gesellschaft, Digitalisierung, Ökologie, um die Wissensgesellschaft und Bioethik und um Europa, sowie die Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik. Ziel der Workshops war es zu diskutieren, auf welche Fragen unserer Zeit das neue Grüne Grundsatzprogramm Antworten geben muss.

Der Grundsatzprogrammprozess ist ein Versuch zu beschreiben, wie wir eigentlich in Zukunft leben wollen. Das ist eine große Chance – nicht nur für die Grüne Partei. Deshalb wollen wir im Kreisverband diese Gelegenheit nutzen und uns gemeinsam mit Mitgliedern und Interessierten in die Gestaltung dieses Zukunftsprojekts einbringen. Im Kreisverband werden wir den Programmprozess weiter Veranstaltungen begleiten. Denn: Es ist die richtige Zeit, sich einzumischen!

So läuft der Programmprozess

In einer ersten Diskussionsphase bis Ende 2018 stellen wir Fragen und debattieren offen in der Partei über mögliche Antworten. Mit Beteiligungsgrün haben wir ein Online-Instrument geschaffen, mit dem Mitglieder untereinander Themen, die ihnen im Programmprozess besonders wichtig sind, diskutieren und an den Vorstand herantragen können. Mit Zukunftsforen in Landesverbänden und Kreisverbänden tragen wir den Programmprozess breit in die Partei und in die Öffentlichkeit hinein. Auch auf unserer Bundesfrauenkonferenz im September 2018 steht die Debatte um das Grundsatzzprogramm im Mittelpunkt.

Daneben hat der Bundesvorstand sechs Impulsgruppen entlang der sechs Themenbereiche eingesetzt. Sie begleiten als Fachgruppen die Diskussionen in der Partei, nehmen die Debatten auf, loten so den programmatischen Erneuerungsbedarf aus und erarbeiten daraus erste Vorschläge für neue Antworten in neuen Zeiten. Der Programmprozess wird vom Politischen Bundesgeschäftsführer Michael Kellner und der Abteilung Programm und Analyse koordiniert.

Ein erster Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm soll im Frühjahr 2019 vorliegen. Bis in den Herbst wird dieser dann in einer zweiten Diskussionsphase breit in der Partei diskutiert und mit Menschen außerhalb der Partei reflektiert. Nach der Überarbeitung wird der zweite Entwurf Ende 2019 vom Bundesvorstand vorgestellt. Unser neues Grundsatzzprogramm wollen wir dann auf einem Parteitag im Frühjahr 2020 gemeinsam beschließen.

Zeitplan zum neuen Grundsatzzprogramm

Diskussionsphase 1: Diskussionsforen in den Ländern, Online-Beteiligung, Mitgliederbefragung

13./14.04.2018: Startkonvent

Herbst 2018: Arbeitsbeginn Schreibgruppe

Diskussionsphase 2: Bundes- und Länderebene, Mitgliederbefragung und Mitgliederbegehren

Frühjahr 2019: Vorlage erster Entwurf

Sommer 2019: Diskussion und Überarbeitung des Entwurfs

Herbst 2019: Bundesvorstand stellt Entwurf vor - Reguläres Änderungsantragsverfahren

Frühjahr 2020: Parteitagsbeschluss des Grundsatzzprogrammes

Tagesprogramm – Grüner Workshoptag 8. Dezember 2018

09.45 Uhr Ankunft

10.00 Uhr Begrüßung im Plenum
durch den **Kreisvorstand, MdB Chris Kühn**
Impulsvortrag von Oliver Hildenbrand
(Landesvorstand der Grünen BW)



10.30 Uhr Beginn der moderierten Themenworkshops 1-3 mit einführendem Impulsreferat

Begrüßung durch den Kreisvorstand und unseren Bundestagsabgeordneten Chris Kühn, Impulsvortrag von Oliver Hildenbrand (Landesvorstand der Grünen BW)

WORKSHOP 1: Neue Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Impulsreferat von Prof. Martin Seeleib-Kaiser (Comparative Public Policy, Uni Tübingen)

Moderation: Chris Kühn (MdB) und Simon Baur (Kreisvorstand)

WORKSHOP 2: Neue Fragen in einer vielfältigen Gesellschaft mit Impulsreferat von Prof. Rainer Treptow (Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik, Uni Tübingen)

Moderation: Daniel Lede Abal (MdL) und Albrecht Vorster (ehem. Stadtvorstand)

WORKSHOP 3: Neue Fragen in der Digitalisierung mit Impulsreferat von Dr. Thilo Hagendorff (Int. Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Uni Tübingen)

Moderation: Susanne Floss (Kreisvorstand) und Oliver Hildenbrand (Landesvorsitzender Grüne BW)

WORKSHOP 4: Neue Fragen der Ökologie mit Impulsreferat von Dr. Harald Neidhardt (Forschungsbereich Geoökologie Uni Tübingen)

Moderation: Simon Hauenstein (Kreisvorstand) und Klaus Lambrecht (Fraktionsmitglied Kreistag)

WORKSHOP 5: Neue Fragen in der Wissensgesellschaft und Bioethik mit Impulsreferat von Prof. Eve-Marie Engels (i.R.) (Lehrstuhl Ethik in den Biowissenschaften, Uni Tübingen)

Moderation: Kalliopi Giannadaki (Kreisvorstand) und Felix Wolfgang (Kreisvorstand)

WORKSHOP 6: Neue Fragen für Europa, Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik mit Impulsreferat von Prof. Dr. Thomas Diez (Politikwissenschaft und Int. Beziehungen, Uni Tübingen)

Moderation: Lena Kühn (ehem. Kreisvorstand) und Wolfgang Raiser (ehem. Kreisvorstand)

15.00 Uhr Abschlussrunde im Plenum

mit Vorstellung der Ergebnisse, Aussprache

Ende 15.45 Uhr

Ergebnisprotokolle des Workshoptages

Die Impulsgeber*innen haben zu dem jeweiligen Thema, zu dem sie angefragt waren, Aspekte aus ihrer Sicht beleuchtet. In der anschließenden Diskussion im Workshop wurden diese Aspekte aufgenommen und weiterdiskutiert, teils auch weitere Themenbereiche diskutiert und ergänzt. Einen Anspruch auf Vollständigkeit der Debatte über die Themen gab es nicht.

WORKSHOP 1: Neue Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Impulsreferat von Prof. Martin Seeleib-Kaiser (Comparative Public Policy, Uni Tübingen)

Moderation: Chris Kühn (MdB) und Simon Baur (Kreisvorstand)

1. Vortrag von Prof. Martin Seeleib-Kaiser

Staatsbürgerschaft und soziale Rechte

- Global betrachtet: In der EU gibt es hohe Wohlfahrtsstandards und niedrige Armut/Ungleichheit
- Bottom-Up-Perspektive: In der EU gibt es größere Unterschiede bei sozialen Rechten, als in den USA
- Staatsbürgerschaft ist nach Marshall die gleichberechtigte Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die sich auf zivilen, politischen und sozialen Rechten fußt. Soziale Rechte bilden dabei die Grundlage für die Inanspruchnahme von politischen und zivilen Rechten unabhängig von Klasse und sozialer Herkunft (Marshall: Citizenship and social class and other essays, Cambridge 1950).

Mobilität und soziale Rechte heute

- Menschen fliehen nicht nur vor Krieg und Verfolgung, sondern sind auch auf der Suche nach einem besseren Leben. Dies gab es zu jeder Zeit (z. B. im 19. Jhdt. die Emigration nach aus Württemberg nach Amerika).
- Soziale Rechte sind in der Regel an Staatsbürgerschaft geknüpft. Sozialleistungen des jeweiligen Heimatlandes werden exportiert. Das heißt, dass in Deutschland lebende arbeitslose Rumän*innen von 27 Euro Sozialhilfe pro Woche leben müssen
- Migrant*innen überweisen heute drei Mal mehr Geld in ihre Heimatländer, als die Industrieländer Entwicklungshilfe leisten. Die Rücküberweisungen in die Heimatländer trägt zur politischen und sozialen Stabilisierung dieser Länder bei
- Die Europäische Integration ist mit Hinblick auf die Globalisierung notwendig um unser heutiges europäisches Gesellschaftsmodell zu erhalten
- Grundsatz aber Subsidiarität (nachschielen)
- Fehlen eines Umverteilungsmechanismus

Nationale Sozialpolitiken

- Die Ausgaben der EU-Staaten für Soziales unterscheiden sich sowohl in Höhe als auch Effektivität
- In Skandinavien haben die Bürger*innen umfassendere soziale Rechte, als Bürger*innen aus ost-, süd- und mitteleuropäischen Staaten

- Die Euro-Rettungsprogramme haben zu Einschränkungen von Autonomie in EU-Staaten geführt und gleichzeitig Menschenrechte verletzt

Freizügigkeit und Migration in der EU

- Die Freizügigkeit in der EU/EG war bereits in den Römischen Verträgen angelegt
- Nennenswerte Binnenmigration gibt es aber erst seit der EU-Osterweiterung
- EU-Bürger*innen sind aber nur auf dem Arbeitsmarkt gleichgestellt. Hauptzielländer von Migration sind Deutschland und Großbritannien. Heute leben 17 Millionen Unionsbürger*innen in anderen EU-Ländern (bis 2010: 8 Mio.)

Schlussbetrachtung

- Es gilt das Subsidiaritätsprinzip
- Die Mitgliedsstaaten der EU haben unterschiedliche Wohlfahrtsregime die nicht einfach harmonisiert werden können. Die Definition von substantiellen sozialen Rechten bleibt den EU-Staaten überlassen
- Eine soziale Europäische Union braucht einen sozialpolitischen Stabilisierungs- und Ausgleichsmechanismus auf Unionsebene
- Eine Möglichkeit für ein sozialeres Europa wäre ein Europäisches Mindesteinkommen, welches allen EU-Bürger*innen substantielle Rechte einräumt

2. Themen und Impulse in der Diskussion waren

Wachstum und Ressourcenverbrauch / Post-Wachstumsökonomie

- Teilnehmer*innen in der Diskussion forderten ein Nullwachstum bzw. negatives Wachstum
- Andere erwiderten Null-Wachstum sei zu plakativ
- Einigkeit: Wachstum darf nicht grenzenlos sein
- Wachstum betreffe auch die soziale Frage wie Arbeitsplätze und Verteilung
- Aufgeworfen wurde der Punkt, ob es stattdessen qualitatives Wachstum eher in Frage käme
- Als Beispiel für ausufernden Ressourcenverbrauch wurde die Ausweisung neuer Gewerbegebiete auf kommunaler Ebene genannt

Sozialpolitik

- Sozialpolitik wird häufig nur national diskutiert, stattdessen muss sie vermehrt auf europäischer Ebene diskutiert werden
- Es muss soziale Mindeststandards auf EU-Ebene geben
- Die Sozialpolitik muss nicht einfach der Wirtschaftspolitik gegenübergestellt werden, sondern zusammen gedacht werden
- Flüchtlingspolitik ist auch eine Form von Sozialpolitik
- Sozialversicherungspflicht soll für alle gelten (Beamte / Abgeordnete / Unternehmer). Es muss eine Bürger*innen-Versicherung geben. Das Berufsbeamtentum soll abgeschafft werden

Steuerpolitik

- Es ist eine Umverteilung von Vermögen mittels höherer Einkommensteuern erforderlich

- Anstelle von Arbeitsbesteuerung solle mehr auf Ressourcenproduktivität gezielt werden. Hier wurde jedoch eine regressive Verteilungswirkung kritisiert und vorgeschlagen stattdessen eine Umverteilung durch Einkommensbesteuerung vorzunehmen
- Eine Besteuerung von CO2 wurde kritisiert, weil eine solche Steuer vor allem untere Einkommenschichten überproportional stark belaste (beispielsweise heizen viele Haushalte mit geringen Einkommen in Deutschland mit Heizöl).
- Eine Lösungsmöglichkeit wurde mit dem Schweizer Modell eines individuellen CO2-Budgets vorgeschlagen
- Erbschaftssteuer: Bei der Erbschaftssteuer muss die Chancengleichheit im Fokus stehen, das Nachfolgeproblem bei Betrieben muss berücksichtigt werden

Mobilität / Migration und Brain-Drain / Strukturschwache Regionen

- Bestimmte Regionen in Europa leiden stark unter der Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften. Es soll hierfür Kompensation geben
- Vorgeschlagen wurde beispielsweise den öffentlichen Sektor in solchen strukturschwachen Gegenden auszubauen (z. B. Behörden, Universitäten)
- Gänzlich wird sich der Konflikt zwischen starken und strukturschwachen Regionen aber nicht auflösen lassen
- Im Zusammenhang mit strukturschwachen Regionen wurde der sogenannte „Kohlepfennig“ kritisiert. Es wurden Milliarden in eine sterbende Industrie gezahlt, stattdessen hätte man das Geld auch an die Arbeitnehmer*innen auszahlen können. Subventionen für Unternehmen versus Geld für Menschen. Mit den Milliarden hätten die Arbeitnehmer*innen Kapital gehabt sich selbständig zu machen / der Rest hätte in Frühpension gehen können
- Der Zwang zur Migration soll durch neue Formen der Arbeit, die durch die Digitalisierung eröffnet werden, abgefedert / gelöst werden. Vorgeschlagen wurden hier shared economy spaces

Arbeit / Struktur und Digitalisierung

- Das Thema Arbeit muss neu diskutiert werden: Was sehen wir als Erwerbsarbeit an? Wie wird Arbeit organisiert? Was ist gute Arbeit? Neue Modelle für den Wandel der Arbeit durch Digitalisierung
- Soziale Mindeststandards sollen EU-weit gelten
- Strukturelle Arbeitslosigkeit (z. B. Afrika) kann auch durch Zahlung von Ausgleichsgeldern gezahlt werden
- Fragmentiertes Arbeitsrecht in der EU ist ein Problem

Regeln / Regulierung

- Es muss klare Regeln für Unternehmen geben, Beispiel Automobilindustrie

Arbeit
Wachstum
RESSOURCEN

negatives
Wachstum/
schrumpfen

-Wachstums-
alternativen

dringender Thema:
wie wachsen?
warum wachsen
nicht Wachstum als Sinn
an sich sondern
positives Wachstum
gemeinwohl Ökonomie
& Umwelt

Steuerpolitik

Suffizienz

Angewandte
ökonomische Methoden
ökonomische Probleme
ökonomische Zusammenhänge
ökonomische Zusammenhänge

Sozialpolitik
→ Standards
→ Verteilung

Erbchaftsteuer
muss
angehoben
werden

Sozialpolitik
für alle Bürger und Umwelt
ökonomische Zusammenhänge
ökonomische Zusammenhänge

Sozialpolitik:
• An Mindeststandards f.
Absicherung in den 60-70er
Jahren denken.

Mobilität

Standardisierung
- einheitliche Systeme
- einheitliche Standards
- einheitliche Standards

Digitalisierung

Regulierung

WORKSHOP 2: Neue Fragen in einer vielfältigen Gesellschaft mit Impulsreferat von Prof. Rainer Treptow (Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik, Uni Tübingen)

Moderation: Daniel Lede Abal (MdL) und Albrecht Vorster (ehem. Stadtvorstand)

Grundsätzliche Überlegungen:

Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens stehen im Spannungsfeld zwischen Alltag und Utopie. Der Alltag wird bestimmt von unserer Lebenswelt, von Vertrautheit, Routine und Sicherheit. Demgegenüber steht die Utopie: Sie stellt die Frage nach der Zukunft, nach Wünschen und Befürchtungen. Wir unterscheiden zwischen positiver Utopie, also Wunschbildern wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und ewiger Frieden und negative Utopien etwa der Befürchtung einer Klimakatastrophe oder allgemeinen Stimmungen des Alarmismus. Ziel einer Politik ist Utopie und Alltag zusammenzubringen und eine Transformation zu ermöglichen.

1. Vielfalt stärken – Kommunikation fördern

Wir Grünen bekennen uns zur Vielfalt. Die Lebenswelten der Menschen in Deutschland sind vielfältig, das ist eine Bereicherung für uns alle. Jeder hat die Freiheit, unter Wahrung der Rechte anderer, sein Leben frei zu gestalten. Keine einzelne Religion oder Weltanschauung sollte vom Staat bevorzugt werden. Jedem muss ermöglicht werden gehört und gesehen zu werden, und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist Aufgabe des Staates Minderheiten zu schützen und dabei gleichzeitig die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen zu fördern. Gesunde Kommunikation ist identitäts- und friedentiftend: Die Erlernung von demokratischer, gewaltloser Kommunikation muss Grundbestandteil unserer Pädagogik sein. Integration ist nicht Gleichmacherei, sondern das Begegnen unterschiedlicher Perspektiven. Meinungsbildungsstrukturen dürfen nicht allein in Wahlen und Diskussionen in den Medien liegen. Es muss unsere Aufgabe sein aktiv auf Menschen zuzugehen, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und vernachlässigt fühlen, um auch ihnen eine Mitwirkung an der Meinungsbildung zu ermöglichen.

2. Arbeit und Engagement anerkennen

Arbeit ist nicht nur Lohnarbeit. Sorge-Arbeit und freiwilliges Bürgerschaftliches Engagement in Familie und Gesellschaft sind ein Stützpfiler unserer Gemeinschaft. Wir müssen dieses Engagement in Zukunft stärker anerkennen und unterstützen etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, aber auch durch eine Verstärkung der Familienhilfe. Wir möchten in einer Gesellschaft leben in der seine Mitglieder nicht nur Anhand ihrer monetär vergüteten Arbeit bewertet werden, sondern nach ihrem Einsatz für ihre Mitmenschen.

3. Grundwerte für eine pluralistische Gesellschaft

Wir Grünen möchten jedem Individuum helfen seine individuellen Stärken im Einklang mit unserer Gesellschaft frei zu entfalten. Wir Grünen bekennen uns uneingeschränkt zu den Menschenrechten sowie den Grundwerten des Humanismus. Menschenrechte unterscheiden nicht nach Herkunft, Anschauung und Geschlecht und dienen insbesondere dem Schutz den Schwächeren einer Gesellschaft. Als zentralen Wert unserer Gesellschaft erkennen wir die Nachhaltigkeit. **Jegliches Handeln sollte davon geleitet sein, dass es keine Schäden für die kommende Generation hinterlässt: sozial wie ökologisch!**

Pluralismus

①

Integration ^{zusammen-} halt
Identität
gesel. Frieden

~~Demo~~
Meinungsbildung-
strukturen
absichtliche reale
Möglichkeit

Visionen

③

Grundrechte
Grundwerte
Nachhaltigkeit
Soziales und
↑
Ökologie

②

Daseinsvorsorge
Arbeit
Grundeinkommen
Lebenswelt
Sorge (Arbeit)

WORKSHOP 3: Neue Fragen in der Digitalisierung mit Impulsreferat von Dr. Thilo Hagendorff (Int. Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Uni Tübingen)

Moderation: Susanne Floss (Kreisvorstand) und Oliver Hildenbrand (Landesvorsitzender Grüne BW)

Die gesellschaftliche Diskussion um Themen der Digitalisierung zeigt, dass es sich um ein sehr stark polarisierendes Thema handelt. Meist stehen sich totale Ablehnung technischer Innovationen in diesem Bereich und relativ unkritische Fortschrittsbegeisterung gegenüber. Bei näherer Betrachtung verbergen sich hinter beiden Positionen jedoch potentielle Vorteile und Nachteile der Digitalisierung, die Hoffnungen und Ängste der Menschen nähren. **Politik kann und sollte sich nicht einseitig zum Kritiker oder Befürworter moderner digitaler Technikinnovation machen, sondern hat vielmehr die Aufgabe, die Entwicklung kritisch und steuernd zu begleiten und dabei auf den gesellschaftlichen Diskurs konstruktiv einzugehen.**

Kompetenzen im Umgang mit der Digitalisierung vermitteln

Im Workshop wurde in der Diskussion sichtbar, dass es eine wichtige Aufgabe der Bildungspolitik ist, umfangreiche Kompetenzen im Umgang mit der Digitalisierung zu vermitteln. Besonderer Wert kommt dabei auch der ethischen Auseinandersetzung mit der Digitalisierung zu.

Medienkompetenz umfasst auch die Befähigung, zu entscheiden, in welchen Bereichen technische Innovationen im Bereich der Digitalisierung zum Einsatz kommen sollen und in welchen Bereichen nicht. Bildungsangebote sind oft vor allem mit Schulpolitik verknüpft.

Allerdings bestehen auch der Wunsch und die Notwendigkeit, entsprechende Angebote für Menschen zu entwickeln, die nicht mehr zur Schule gehen.

Politik hat wichtige Steuerungsfunktion

Die genannten Kompetenzen waren im Inputvortrag von Herrn Dr. Thilo Hagendorff als grundlegende notwendige Voraussetzung für eine gelingende gesellschaftliche Steuerung des Digitalisierungsprozesses klar zu erkennen. Er hat deutlich gemacht, dass in vielen Bereichen Richtungsentscheidungen notwendig sind, wie sich die Nutzung von digitaler Technik entwickeln soll.

Im Bereich des Datenschutzes und der Privatheit zeigt sich beispielsweise, dass es einer aktiven gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidung bedarf, welche privaten Schutzräume Menschen zur Verfügung stehen sollen und ob es eine Post-Privacy-Gesellschaft geben soll.

Ebenso ist es eine ethische und gesellschaftliche Frage, in welchen Bereichen die Verwendung von KIs beschränkt werden soll und welche Vorgaben für deren Nutzung gemacht werden. Beispielsweise zeigte sich auch in der Diskussion im Workshop, dass die Gefahr besteht, dass digitale Technik das Tor aufstößt für die Diskriminierung von Menschen, sei es durch die Struktur einer KI bzw. eines Algorithmus oder durch die mangelnde Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen am Umgang mit digitaler Technik.

Politik hat hier eine wichtige Steuerungsfunktion und muss sich dem gesellschaftlichen Diskurs offen stellen. Diese Erwartungshaltung besteht auch von Seiten der Forschung, die sich mit Automatisierung, KI und Digitalisierung insgesamt beschäftigt. Den Rahmen des Erlaubten und Gewünschten können die Forschungsinstitute nicht selbst vorgeben, sondern sind hier auf politische Regulierung angewiesen.

In der Diskussion ergab sich als wichtiger Punkt des Datenschutzes der Bereich der Datensparsamkeit. Gar nicht erst entstandene Daten müssen nicht geschützt werden. Vorhandene Daten enthalten oft starke Verzerrungen und täuschen dadurch Meinungen in der Gesellschaft nur vor. Ebenso täuschen Echokammern im Bereich der sozialen Medien gesellschaftliche oder Gruppenkonsense oft nur vor. Die Teilnehmer des Workshops sehen die Politik in der Pflicht, besser als bisher die tatsächlichen gesellschaftlichen Meinungen abzubilden. Im Bereich der Social Media braucht es aktive Steuerungsmechanismen und politische Vorgaben.

Der Vermarktung von Daten aller Art sollte durch entsprechende Vorgaben zur Transparenz von KIs und Algorithmus, sowie durch regulierende Maßnahmen begegnet werden.

Wichtig war den Teilnehmern des Workshops auch der Hinweis darauf, dass vor allem große Firmen und Institutionen in die Kritik geraten, die größeren Probleme mit Datensicherheit und Datensammlung aber vielleicht im Bereich der regionalen und kleineren Unternehmen und Institutionen zu finden sind.

Entwicklung von nachhaltigen digitalen Produkten fördern

Von Industrie und Politik wünschen sich die Teilnehmer des Workshops mehr Überlegungen zur Nachhaltigkeit digitaler Produkte. Diese Problematik betrifft auch den Bereich der Veraltung und Pflege von Software(versionen).

Öffentlich-rechtliche Medien stärken

Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass öffentlich-rechtliche Medien ein Instrument sein können, um generellem Misstrauen gegenüber den Medien entgegenzutreten, in dem Fake News und Internetgerüchten qualitativ hochwertige Recherche gegenübergestellt wird.

WORKSHOP 4: Neue Fragen der Ökologie mit Impulsreferat von Dr. Harald Neidhardt (Forschungsbereich Geoökologie Uni Tübingen)

Moderation: Simon Hauenstein (Kreisvorstand) und Klaus Lambrecht (Fraktionsmitglied Kreistag)

Grundlegend sprachen sich alle Teilnehmer dafür aus, ökologische Kernthemen wie Klimawandel; Energiewende; Naturschutz stärker in den Fokus zu nehmen und diese Themen auch stets mit aktuellen ökologiefremden Themenfeldern zu verknüpfen, zum Beispiel mehr Migration bei Nichtbekämpfung des Klimawandels.

Abgesehen der geforderten Assimilationsstrategien an den Klimawandel sind alle besprochenen Bereiche der Ökologie grundlegend dem Thema Nachhaltigkeit zuzuordnen.

Mikroplastik als neuer globaler Gefahrenstoff muss in den Fokus von Wissenschaft und Forschung, sowie in das Bewusstsein der Politik gerückt werden

Energie:

- CO₂-Steuer
- Atom- und **Kohleausstieg!!!**
- Erneuerbare Energien deutlich stärker ausbauen
- Demokratisierung des Stromnetzes – dezentrales Versorgernetz
- Stromspeicherförderung (inkl. Wohnnutzung von PKW-Akkuspeichern zulassen)
- Europäische Akkuproduktion inkl. funktionierendes Akkurecycling

Wohnen:

- Ökologische Dämmstoffe extra bezuschussen
- Neue Gefahrenbeurteilung von erdölbasierten Dämmstoffen – überarbeitete EU Norm
- Gesetzliche Vorgaben und Anreize zur ökologischen Modernisierung von Mietwohnungen so gestalten, dass sowohl der Vermieter ein Interesse an der Modernisierung hat und gleichzeitig die Modernisierungskosten nicht zu einer Mieterverdrängung führen.
- Nachhaltige Brennstoffe forcieren: Holz; Biogas
- Kraft-Wärmekopplung fördern
- Stromspeicherförderung (inkl. Wohnnutzung von PKW-Akkuspeichern zulassen)
- Ende von Öl und Gas als Primärenergie

Verkehr:

- ÖPNV fördern
- E-Autos fördern, klar verbunden mit der Einschränkung des Verzichts auf Kohlestromnutzung
- Erhöhte Besteuerung von Leergewicht PKWs ab 1.7t (ausgenommen: Transportern (keine Pick Ups); E-Fahrzeuge)
- Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität (Universallösungen – Keine Herstellerspezifischen Lademöglichkeiten)
- Attraktivität der Bahn steigern – Lastenverkehr zurück auf die Schiene

Landwirtschaft:

- **Verbot von Glyphosat!!!**

- Ausbau der ökologischen Landwirtschaft (spez. Demeter und Bioland fördern)
- Gentechnik nutzen und gleichzeitig deren Kontrolle so gestalten, dass Umweltschäden vermieden werden
- EU Exporte in Drittstaaten unterbinden, die deren Landwirtschaft/Subsistenzwirtschaft zerstören
- Kreislaufwirtschaftssysteme auch in der Intensivlandwirtschaft stärker etablieren
- Pestizidnutzung stärker regulieren; Anreize für ökologische Alternativen schaffen
- **Insektensterben muss gestoppt werden!!!**

Kreislaufwirtschaftssysteme:

Restmüll weiter dezimieren:

Nachhaltige und recyclebare Verpackungsalternativen zu Plastik

Kreislaufwirtschaftssysteme ausbauen

Recyclingraten deutlich erhöhen

Lebensmittelabfälle deutlich dezimieren

- Ökostandards
- Tempolimit
- Bevölkerungsdichte - Versickerer
- E-Mobilität → Akkumentwicklung
- Wachstum
- Kreislaufwirtschaftssysteme / Recycling
- CO₂ Steuer / ≠ Dienstwagenförderung
- Komplexe Steuerungssysteme
 - ↳ in kompliziert
- ÖVNP stärken + Bahn
- Atomausstieg / Kernausstieg!
- Erneuerbare Energien
 - ↳ Alle Felder!
- ökol. Utl → Boden → ≠ Glyphosat
- dezentralisierte Energieversorgung
 - ↳ dezentral
 - ↳ Regionalisierung
- Klimawandel nicht verhandelbar
- Artenschutz + Biodiversität - Hochleistungs
- Kfz Steuer → CO₂ Steuer



WORKSHOP 5: Neue Fragen in der Wissensgesellschaft und Bioethik mit Impulsreferat von Prof. Eve-Marie Engels (i.R.) (Lehrstuhl Ethik in den Biowissenschaften, Uni Tübingen)

Moderation: Kalliopi Giannadaki (Kreisvorstand) und Felix Wolfgang (Kreisvorstand)

Bioethik

Arbeitsdefinition: Hauptgebiet interdisziplinärer, anwendungsbezogener Ethik

Leitfrage: Wie sind unsere Spielräume und Grenzen im Umgang mit Lebendigem?

Hauptpunkte der Diskussion:

- Fragen der ethischen Rücksicht auf Mensch, Tier und Pflanzen: Was ist schützenswert? Was ist der Eigenwert des jeweiligen Lebendigen, was sein instrumenteller Wert? Wer bestimmt dies?
- Auswirkungen unserer Ernährungsweisen auf tierisches Wohlbefinden in Bezug auf Produktion, Haltung, Versorgung und Ernährung (Massentierhaltung, etc.)
- Auswirkungen unserer Ernährungsweisen auf zusammenhängende Landschaftsgebiete (zum Beispiel Regenwald)
- Grenze des menschlichen Handelns, wenn tierisches Wohlbefinden in Frage gestellt wird (artspezifische Haltungsbedingungen mit Spielräumen für die Tiere)
- Aspekt der Generationengerechtigkeit und der globalen Gerechtigkeit
- Gesellschaftliche Verantwortung den Erzeugern gegenüber (Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können)

Überlegungen der Teilnehmer*innen:

- Wir benötigen Definition und Einhaltung von Schutzstandards gegenüber Lebendigem im Spannungsfeld von Verwirklichung und Verhinderung.
- Betrachtung von Bioethik kann nicht isoliert erfolgen, ist interdisziplinär verwoben und muss gesellschaftliche Verantwortung berücksichtigen.
- Auch bei stetiger Weiterentwicklung der Technologien können die ethischen Leitprinzipien der Biomedizin als Richtschnur für den richtigen Umgang mit Lebendigem gelten:
- Wohlbefinden/Nichtschädigung – Autonomie/Freiheit – Gerechtigkeit (in Bezug auf Tiere, Pflanzen, Biodiversität, Produzent*innen, Konsument*innen)

Wissensgesellschaft

Arbeitsdefinition: Eine Gesellschaft, in der Grundlagenwissen und technisch verwertbares Wissen eine privilegierte Stellung gegenüber anderem Wissen haben.

Leitfrage: Welche sind die Gefahren und Chancen der modernen Wissensgesellschaft und wo setzen wir die Grenzen der umsetzbaren Möglichkeiten?

Hauptpunkte der Diskussion:

- Biotechniken/Gentechnik: Menschen züchten/verändern/domestizieren andere Lebewesen seit Jahrtausenden. Moderne Gentechnik ermöglicht allerdings in viel größerem und

schnelleren Maße, Grenzen von Lebewesen weiter hinauszuschieben. Ist dies ethisch vertretbar und wenn ja, in welchem Maß? Wie muss unser Umgang mit den so veränderten Lebewesen erfolgen?

- KI: Welche sind die Gefahren und welche sind die Chancen? Wer ist verantwortlich für das Handeln intelligenter Maschinen? Wie selbständig agieren intelligente Maschinen? (Programmierbarkeit, etc.). Gibt es eine ethische Verpflichtung des Menschen intelligenten Maschinen gegenüber?

Überlegungen der Teilnehmer*innen:

- Forschung und vor allem deren Regulierung muss staatlich erfolgen, damit sie nicht durch wirtschaftliche Interessen bestimmt wird.
- Forschungsschwerpunkte sollten auf der Entwicklung nicht destruktiver Systeme liegen.
- Besonders große Risiken werden in der roten Gentechnik (medizinische Gentechnik) gesehen, insbesondere hier gibt es Bedarf für Grenzen.
- Ständige Anpassungsleistung auf sich verändernde wissenschaftliche/technologische Bedingungen notwendig.
- Es Bedarf mehr Information im Bereich KI und Gentechnik für die Bürger*innen. Menschen brauchen einen Zugang zum technischen Fortschritt und nicht nur den Fortschritt selbst.

WORKSHOP 6: Neue Fragen für Europa, Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik mit Impulsreferat von Prof. Dr. Thomas Diez (Politikwissenschaft und Int. Beziehungen, Uni Tübingen)
Moderation: Lena Kühn (ehem. Kreisvorstand) und Wolfgang Raiser (ehem. Kreisvorstand)

In diesem Protokoll werden sowohl Teile des Impulsreferats von Prof. Diez, als auch die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit vorgestellt.

Prof. Diez stellte zu Anfang fest, dass es immer unauflösbare Spannungen in der Politik geben wird. Die EU, als auch die Vereinten Nationen sind Versuche, sich über transnationale Ebenen zu verständigen und es keine Alternativen dazu gibt. Er gliederte sein Referat in drei theoretische Kategorien: Verantwortung, Gerechtigkeit und Hegemonie, sowie Europa und Vereinte Nationen.

Verantwortung

Wenn in Deutschland darüber gesprochen wird mehr Verantwortung zu übernehmen, wird suggeriert, dass es sich um ein Mehr an militärischer Verantwortung handelt. Verantwortung übernehmen heißt aber auch, Verantwortung im Bereich des Klimaschutzes, der Menschenrechte, der sozialen Standards oder anderen Bereichen. In diesem Fall kommt es aber auch sehr auf die Konsistenz politischen Handelns an, nämlich, dass man das tut, was man von anderen einfordert. Am Beispiel Klimaschutz lässt sich das deutlich machen. Hier bleibt die Bundesregierung unter ihren eigenen Möglichkeiten im Vergleich zu ihren Forderungen an andere Staaten.

Es wurde über einen neuen Begriff der Souveränität gesprochen. Souveränität nicht nur als Recht nach außen, sondern auch als Pflicht und Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung.- Wird diese Souveränität nicht erfüllt, hat die internationale Staatengemeinschaft eine Verantwortung darauf zu reagieren.

Diese Verantwortung wurde im Rahmen des Responsibility to react nach den Genoziden in Ruanda und Bosnien in den 90igern von der UN neu definiert als Responsibility in vier Kategorien: to protect, to prevent, to react and to rebuilt. Oft wird in diesem Sinne nur die späte R2react angesprochen. Im Frühfeld der Konflikte bedarf es jedoch auch Verantwortungsübernahmen, vor allem bei Schutz, aber auch bei der Vorbeugung (prevent). Zur Vorbeugung sollte eine Außenpolitik darauf abzielen, unabhängige und starke Institutionen aufzubauen, wie zu Beispiel ein funktionierendes Rechtswesen oder funktionierende Verwaltungen, beispielsweise ein Katasteramt. Die internationale Schutzverantwortung soll insgesamt gestärkt werden, wohl wissend auch um deren Grenzen.

Gerechtigkeit

Außenpolitik braucht auch eine gewisse Demut, in dem Wissen, dass manche Konflikte so komplex sind und einfach nicht lösbar sind. Und Respekt vor dem Wissen und der Interessen scheinbar kleinerer Länder und Regionen, die in ihrer Präsenz oft schwächer sind und wir mit der Überlegenheit westlichen Denkens und schneller Lösungen herangehen.

Ein wichtiger Aspekt war die Impartiality, das heißt, dass internationale Abkommen einer Festlegung bedürfen. Am Beispiel des Pariser Klimaabkommens wurde das aufgezeigt. Im Pariser Abkommen sollte die internationale Durchsetzung der Ziele durch einen starken diskursiven Druck der

Weltöffentlichkeit zustande kommen. Eine deutliche Verbesserung wäre jedoch die Impartiality, d.h. die Festlegung von genauen Zielen und deren Umsetzung mittels eines Sanktionskataloges.

Hegemonie

Europa hat eine gewisse hegemoniale Macht und kann daher auch viele seiner Interessen durchsetzen. Wichtig ist dies zu erkennen. Auch hier gilt in der Außenpolitik, den nicht hegemonialen Staaten oder Regionen auf Augenhöhe zu begegnen und nicht nur mit den Mächtigen der Welt etwas auszuhandeln. Jenseits der staatlichen Akteure können auch Regionen oder Städte Partner der Außenpolitik sein, etwa die Region Schwarzes Meer, das Mittelmeer oder Mittelamerika. Hier können fortschrittliche Initiativen, lokale Bevölkerungsgruppen oder lokale Regierungen und Verwaltungen Partner sein jenseits autoritärer Strukturen und damit neuen Handlungsspielräume eröffnen. Überhaupt sollten nichtstaatliche Akteure mehr als Partner angesehen werden.

Europa

Die EU Erweiterung wurde durchgeführt mit der hegemonialen Macht der alten 15 Mitglieder, d.h. die neuen 12 Mitglieder sollten so werden wie die alten. Aber das gelang nicht. Sie sind anders und die neue EU der 27 ist diverser als vorher. Das lässt sich auch nicht mehr ändern. In den osteuropäischen Staaten gibt es vermehrt populistische Regierungen. Deren Verstöße gegen die EU-Richtlinien müssen aber benannt und evtl. auch sanktioniert werden.

Wichtig ist, dass es gegenüber diesen Staaten nicht zu einem „Othering“ kommt, d.h. einer Ausgrenzung, dass sie anders sind und die wahren Europäer im Westen sind. Auch hier gilt, jenseits der Regierungsebene eine Politik auf anderer Ebene zu suchen, z.B. auf der Ebenen der Regionen oder Städte. Ein Beispiel wäre die Donau-Initiative von Baden-Württemberg mit allen angrenzenden Staaten und Regionen.

Eine Europäische Armee ist aktuell ohne jeden Nutzen, sie ist eine rein plakative Forderung, aber auch politisch nicht sinnvoll. Gegen wen soll sie sich richten, sollte sie in Syrien eingreifen und gäbe es da einen innereuropäischen Konsens? Wenn es um internationale Verantwortung geht, gibt es andere Ebenen und es sollte nicht immer zuerst die militärische Option bedacht werden.

Begegnungen innerhalb Europas müssen weiter gefördert werden. Austauschprogramme für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Professionen sollten ausgeweitet werden. Es muss eine Alternative zum Dublin-Abkommen ausgehandelt werden.

Vereinte Nationen

Bei aller Kritik: Wir haben nichts Besseres. Die UN ist so divers wie die Welt, aber sie ist die bedeutendste transnationale Organisation. Wir müssen den Pluralismus der Staatenwelt respektieren, selbst eine hegemoniale Durchsetzung der Menschenrechte ist äußerst problematisch. Das Veto-recht ist ein wichtiger Versuch der Konsensherstellung in der UN, möglich wäre dieses Veto auf ein Doppelveto umzustellen.

Diese Diskussion sollte international geführt werden. Der internationale Strafgerichtshof hat v.a. in afrikanischen Staaten ein Legitimitätsproblem. Dem könnte begegnet werden, dass der Strafgerichtshof unterschiedlicher und diverser zusammengesetzt wird.

Allgemein:

Die Akteure der Außenpolitik müssen letztendlich mit allen anderen Akteuren dieser Welt reden können. Ein Stufenprogramm dieser Politik könnten die **4 Ks** sein: **Kontakt, Kommunikation, Kooperation und Konsens**. Oder wie Madelaine Albright es sagte: Die Sprache der Diplomatie ermöglicht es uns, mit den Schurken dieser Welt zu reden. Auch braucht es Demut in der Politik: Wir sind manchmal einfach hilflos und kennen keine Lösung. Auch das gehört zur Politik.

Ergänzung aus der Diskussionsgruppe Grundrechte, Grundwerte:

Grundrechte: Hier war der starke Wunsch aus der Gruppe, Nachhaltigkeit im Grundgesetz zu verankern, müsste dann bis ins Verwaltungshandeln gehen. Die Aspekte können hier nur knapp angerissen werden: ökologisch, sozioökonomisch, Kleinschrittigkeit.

Grundwerte werden gegenwärtig kaum diskutiert. Hat Vor- und Nachteile, denn zu eindeutige Positionierungen bedingen auch Abgrenzung. Die Gruppe sieht ein Ringen im Aushandeln von Grundwerten, die ein Gerüst für Regeln des Zusammenlebens sein können. Eine eindeutige Antwort zu finden, ist nicht einfach.

Transnationale Verständigungsprozesse:

Da wir keine verbindlichen Regeln von Religionen und anderen Weltanschauungssystemen wollen, sind wir auf fairen Streit und Verständigung in der Auseinandersetzung mit Werten von anderen angewiesen. International und hier vor Ort.

Menschenrechte sind international anerkannt, aber hier viel zu wenig bekannt.

Polit. Entscheidung

1

- einstimmig
- konsensual
- Veto / Doppelveto
- Lösungen?

Verantwortung

Militärintervention /

- 2
- Umwelt, Menschenrechte
 - Responsibility to protect / prevent / react / rebuild
 - Hegemoniales Denken

Europa

3

Gerechtigkeit

- Konsistenz?
- Festlegung versus diskursiver Druck
- Welthandel
- Afrika /

- 4
- Politikd. Regionen
 - Kooperation mit Grenzregionen Europas

